

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zwangspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quist
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 990.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Organisiert die Frauen

Die dringliche Notwendigkeit.

Schon in der Vorkriegszeit war die Organisierung der Frauen eine bittere Notwendigkeit. Doch sie geizig beherrigt worden wäre, wer möchte das behaupten? Das Hauptaugenmerk galt den Männern; auch der Kassierer war aus bekannten Gründen auf die weiblichen Mitglieder weniger erpicht. In der Nachkriegszeit wird die Gewinnung der Frauen eine der ersten Vorbedingungen sein der gesunden Entwicklung als auch der Zwergerfüllung der Gewerkschaft.

Der Krieg hat, wie jedes Auge sieht, die industrielle Belegschaft in ungeahntem Maße verweiblicht. Fast in alle Berufe und Werkstätten ist die Frau eingedrungen und hat da ihre Brauchbarkeit genugsam bewiesen. Gemiß wird nach Umstellung der Industrie auf die Friedenswirtschaft ein Teil der weiblichen Belegschaft wieder aus den Werkstätten scheiden, angenehmere, passendere Arbeit finden können; für den größten Teil aber wird die Jobstrolche noch lange, zeitweilig lauern. Frauen werden auch weiterhin in großer Zahl an Bohrmaschine, Drehbank, Schraubstock und in der Werkstatt bleiben, bleiben müssen, weil sie die Ausichtslosigkeit, sich zu verheiraten, noch mehr aber die bittere Not dazu zwingt; bleiben können, weil ihre Willigkeit und Billigkeit dem Unternehmer gut zu Buch schlägen.

So wird die Frau fürderhin die Lohnbestimmung mehr denn je beeinflussen; die Arbeitsbedingungen der Frau werden die des Mannes in hohem Maße mitbestimmen. In den auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gerichteten Bestrebungen wird die Frau schon rein zahlenmäßig eine bedeutendere Rolle als bislang spielen. Bei alledem werden die Männer, wenn nicht genügend vorgehört wird, die Leidtragenden sein.

Das dies der Fall werde, ist — es ist unwichtig zu sagen — dem Unternehmertum besonders erwünscht. In welchem Grade es möglich sein wird, die Arbeitsbedingungen der Männer durch die der Frauen zu beeinflussen, wird nicht unwesentlich davon abhängen, wie weit es dem Unternehmertum gelingt, aus der weiblichen Belegschaft einen treuergebenen Stamm zu bilden.

Im Verlehen, die billige und willige weibliche Arbeitskraft zu fesseln, wird es das Unternehmertum sicherlich nicht fehlen lassen. Es will nicht schier bedürfen, als wenn damit schon begonnen wäre. Es braucht hierin nicht knauserig zu sein, da sich die Sache wohl bezahlt macht.

In der Fesselung der Arbeiterschaft hat sich das Unternehmertum ja schon genugsam und nicht erfolglos betätigt. Es wird fürderhin einige der alten Register der Wohlthätigkeit fleißiger ziehen und noch einige von der Not oder dem Juge der Zeit empfohlene dazu nehmen. Das Unternehmertum wird Land ankaufen, darauf Lebensmittel bauen und sie verteilen; es wird Wohnhäuser errichten und sie vermieten; es wird Unterhaltungen und Lehrkurse veranstalten und dazu einladen. Kurz, es wird sich für Fesselungsversuche entscheiden, die auf den auf Sparfamkeit im Kleinen und Keinsten gerichteten weiblichen Sinn wirken und deren Erfolg durch die Nachkriegsnot, durch den Mangel an Lebensmitteln, Wohnungen und so fort ihn heute schon wahrscheinlich gemacht wird.

Wenn derartige Wohlthätigkeit — Wohlthätigenfeudalismus — schon vor dem Kriege bei den Männern vielfach gelungen ist, so wird sie nach dem Kriege mit seiner fortwährenden Not bei den Frauen gewiß nicht mißlingen.

Dass wir gleich nach Friedensausbruch mit dem Streben nach Abbau der Kriegslöhne zu rechnen haben, ist klar. Und daß deswegen heftige Kämpfe auf der ganzen Linie entbrennen werden, wird auch nicht bezweifelt werden. Dieses Ringen um Lohn und Brot wird die Frau schon durch ihre Zahl nachdrücklich beeinflussen. Von ihrer Stellungnahme, von ihrer Solidarität, ihrem Kampfesmut, ihrer Begeisterung wird weit mehr für das Gelingen dieser Kämpfe abhängen, als uns zurulande möglich erscheinen mag. Ihre Stellungnahme wird der proletarischen Sache um so förderlicher sein, je mehr sie mit Klassenbewußtsein, Zusammengehörigkeitsgefühl und Kampfesmut erfüllt ist.

Im diesen Unerlässlichkeiten gebietet es nun aber der Arbeiterinnenschaft noch sehr. Kein Wunder. Wo hätte sie sich damit versehen sollen? Wer hat sie damit erfüllt? Sie damit auszurüsten, ist eine untrer obersten Aufgaben. Aber auch eine der schwierigsten! In der Tat. Die schwierig ist, die Frauen aufzuklären, für die Gewerkschaft zu gewinnen, das weiß jeder Werkstattwerker; und wie schwer es ist, sie in der Gewerkschaft lebhaft zu machen, das bezugehen die Ausweise über unsere Mitgliederbewegung.

Diese betrüblichen Dinge mag man mit dem Hinweis auf die weibliche Unbescheidbarkeit, auf die Hoffnung auf den erlösenden Mann, auf die Heirat, auf die geistige Befähigung der Frau und dergleichen zu erklären versuchen. Gewiß steckt in alledem ein gut Stück Wahrheit. Aber sie sagt doch nicht alles.

Was gewinnt man hier?

Zweifelsohne heißt die Organisierung der Frau bedeutend mehr Mühe, Klugheit, Sorgfalt, Liebe und Beharrlichkeit als die des Mannes. Dies galt schon vor dem Kriege, wo wir eine ältere, etwas stetigere Arbeiterinnenschaft hatten als jetzt, wo die Industrie Nachwuchs aus Berufen und Landgegenden erhalten hat, in denen weniger oder gar nicht sozialistische und gewerkschaftliche Samen-Larven gefallen sind. Bei den durch den Krieg herzugebrachten Arbeiterinnen wird der Werkstattwerker einen noch schwierigeren Stand haben. Bei diesen muß im AVE der Arbeiterbewegung noch viel weiter vorn angefangen werden. Dazu ist aber bei dem Lärm, der Haß, der Beobachtung der Arbeitsstelle wenig oder gar keine Zeit und Gelegenheit. Und wenn gar bei der Befragung des Postens des Werkstattvertrauensmannes ein unglücklicher Stern gelaucht hat,

dann ist es mit der Gewinnung von weiblichen Mitgliedern vollends schlecht bestellt.

Für die Gewinnung der Frauen sind schon in dem Aufsatze des Kollegen Poppen in Nr. 14 gute, allgemein zu beherzigende Fingerzeige gegeben. Auch ich bin der Meinung, daß schon viel gewonnen wäre, wenn die Kollegen an ihren Kolleginnen mehr und besser Solibartät betätigten, als es nur gar zu oft der Fall ist. Durch Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft läßt sich in der Werkstatt unendlich viel für die Gewerkschaft tun. Es wird von den Kollegen zu wenig bedacht, daß sie die Folgen der Nichtbetätigung der Solibartät über kurz oder lang mit den Lohn-groschen zu bezahlen haben.

Im übrigen läßt mich meine Werktagserfahrung sagen, bei der Werbung von weiblichen Mitgliedern wird noch recht tastend, unbeholfen, zu hart verfahren. Das ist besonders bei jenen Arbeiterinnen vom Uebel, die noch nicht lange in der Industrie tätig sind. Bei ihnen werden die paar Worte, die der Vertrauensmann ihnen zuraunt, keine Neigung oder liebevolles Verständnis für die Gewerkschaft. Sie können sie kaum verstehen, weil sie zeitlich und noch nicht nahe genug stehen. Freilich werden sie, auch ohne zu verstehen, sich schließlich bewegen lassen, einen Ausnahmefall auszumachen, weil es ihnen der Einfluß der organisierten Werkstattgemeinschaft rätlich erscheinen läßt. Allein, eine solche Ausnahme ist gewöhnlich kein Gewinn. Mit dem Wechsel der Arbeitsstelle ist das Mitglied wieder verloren.

Um nun dem Werkstattwerker den ersten, das heißt also den schwierigsten Schritt zur Gewinnung von Mitgliedern zu erleichtern, dann auch, um die Organisationsfremden mehr an Herz und Verstand zu packen, halte ich es für recht nützlich, wenn der Vertrauensmann mit Werbeschriften versehen wird. Diese Schriften müßten kurz vor allem (etwa eine Briefbogenbreite groß), packend und leichtverständlich geschrieben sein. Meilenlange Episteln, krauses Zeug oder Schachtelzüge sind unbrauchbar. Von diesen Schriften sollten wir zwei, drei Arten haben. Die Schrift Nummer 1 ist der Arbeiterin gleich nach ihrem Eintritt einzuhändigen; Nummer 2 nach einigen Tagen oder Wochen; Nummer 3, wenn die ersten beiden noch keine Wirkung zeigen.

Und der Inhalt? Nummer 1 könnte als Uberschrift haben: Bist du organisiert? Nummer 2: Deine Kollegen haben sich zusammengeschlossen. Nummer 3: Was der Metallarbeiter-Verband für dich tut!

Und noch einmal: In der Kürze liegt die Würze. Von den Schriften sollte die erste möglichst in der Jeht-Geboie-Form, die zweite in der Form eines Zwiegesprächs zwischen einer organisierten und einer unorganisierten Arbeiterin gehalten sein, die dritte die Leistungen des Verbandes an Unterstützung und Lohngewinnung in einfachen Sätzen darlun. Als Vorbilder dieser Schriften schweben mir jene Veröffentlichungen vor, die in Amerika der Ergäberverband, in England die Arbeiterpartei (The Labour Party, and all about it) sehr erfolgreich verwenden.

Der Zweck dieses Vorschlages ist mit ein paar Worten dargetan. Mit solchen Schriften wird sozusagen der schwierige Anfang der Werbearbeit mehr von dem ruhigen Verhandlungsbüro als von der lärmenden, hastigen, unter Beobachtung stehenden Werkstatt übernommen. Dadurch wird die Arbeit des Vertrauensmannes natürlich nicht überflüssig, wohl aber wesentlich erleichtert. Etwasiges Mitglied eines reibungsgewandten oder ungeübten Vertrauensmannes wird vermindert. Die neue Arbeiterin kann die Schrift in der Pause oder daheim in Ruhe lesen, was eine nachhaltigere Wirkung erzielen wird, als einige hastig zugerannte Worte des organisierten Kollegen. Mit solchen Schriften wird ein gutes Stück Aufklärungsarbeit geleistet. Die Arbeiterin weiß schon Nütliches, wenn sie ihren Ausnahmefall ausfüllt. Ihr Eintritt in den Verband wird mehr durch innere Ueberzeugung als durch äußeren Einfluß veranlaßt. Sie wird in die Organisation treten, weil sie deren Nütlichkeit erkannt hat, und darin verbleiben, auch wenn sie nicht mehr in einer gut organisierten Werkstatt schafft.

Sind die Schriften wirksam geschrieben, dann kann sich der Vertrauensmann darauf beschränken, die damit beglückte Kollegin in aller Freundlichkeit zu fragen: Na, Kollegin, das Blatt (sich lesen)? Ob die Antwort richtig ist, kann er durch eine kurze Frage ermitteln. Gält sie bejahend aus, bringt er die zweite Schrift mit. Nach dem Lesen dieser Blätter läßt sich, wenn die Werkstattverhältnisse nicht entgegenstehen, mit der neuen Arbeiterin schon eine verlässliche Unterhaltung über die Gewerkschaft führen. Auch wenn alles dies nicht zum Eintritt führen sollte, so ist doch wenigstens ein Stück Aufklärungsarbeit getan. Das Samenorn ist ausgestreut. Die Frucht wird, wenn noch nicht in dieser Arbeitsstelle, dann in der nächsten geerntet werden können.

Freilich, auch wenn mein Vorschlag sehr erfolgreich sein wird, so ist doch nur erst wenig für die Gewinnung der Frauen getan. Es dünkt mich noch verschiedenes der Verdenkung, der Verbesserung bedürftig, um das Gebot der Nachkriegszeit erfüllen zu können. Doch darüber bei einer anderen Gelegenheit. **Friz Kummer.**

La Dame d'Hayange, die französische Kanonenkönigin und die Firma de Wendel

Am Ende des 18. Jahrhunderts war der Name Marguerite de Wendel in Frankreich ebenso bekannt, wie bei uns heute der Name Berta Krupp. Im Jahre 1709 kaufte Johann Martin Wendel die in Verfall befindlichen Eisenhütten von Hayange und erwarb zugleich mit der Grundherrschaft auch das Recht auf das dort lagernde Eisenerz. Sein Sohn Charles erwarb 1759 die Eisenhütte Kreuzwald dazu und erhielt von dem damaligen Herzog von Lothringen das Recht, auf drei Stunden im Umkreis seiner Hütte Erz zu fördern. Das hier vorkommende Erz war nicht so phosphorhaltig wie das in Hayange und deshalb zur Herstellung von besserem Eisen mehr geeignet. Kreuzwald wurde nun ein Kriegsindustriestand, wo in der

zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Bomben, Kanonen, Kugeln und andere Kriegsbedürfnisse der Waffenkammern hergestellt wurden.

Am Ende des 18. Jahrhunderts leitete dieses Werk die Witwe des in den Adelsstand erhobenen Charles de Wendel. Nach dessen Ableben 1784 stand an der Spitze der de Wendelschen Betriebe diese Frau und in den Kriegen dieser Zeit wurde der Name der Herrin von Hayange „La Dame d'Hayange“, mit derselben Wertung genannt, wie jetzt bei uns der von Berta Krupp. Bei Ausbruch der französischen Revolution wanderten ihre drei Söhne aus. Die Familie de Wendel wurde deshalb als völk- und staatsfeindlich betrachtet, die de Wendelschen Werke 1793 mit Beschlag belegt und das Hayinger Werk 1799 für Staatsbesitz erklärt und verkauft.

La Dame d'Hayange starb 1802 in Schwermetz und Pflimmernis zu Metz. Doch einer ihrer Söhne brachte den Namen de Wendel wieder zu Ehren in den Industriekreisen. Er hatte in England als Arbeiter die Verwendung von Steinkohle anstelle der Holzkohle kennen gelernt. Von dort brachte er auch ein neues Frischverfahren, das Puddeln mit, durch welches nicht nur Brennstoff erspart, sondern auch das Behnfaß an Schmelzbecken bei gleicher Arbeiterzahl hergestellt werden konnte. Da das Puddelverfahren der Minette zugleich einen Teil des Phosphorgehalts entzog, wurde die Minette (Lothringischer Eisenstein) brauchbar zur Erzeugung von Eisen geringerer oder mittlerer Güte.

Für besseres Schmelzeisen waren die Kreuzwalder Erze verwandt worden, deren Reichum aber durch zu starke Anspruchsnahme verjagt war. Französisch de Wendel brauchte aber phosphorfreies Eisenerz ebenso wie die französische Heeresverwaltung Waffen brauchte und bestrebt sein mußte, den Bedürfnissen des jungen, empfortreibenden Gütenbesitzers zu genügen.

Durch ein napoleonisches Dekret vom 6. August 1809 wurden Verhandlungen veranlaßt, die am 15. November desselben Jahres auf der Präsektur zu Metz stattfanden. Das Ergebnis dieser Vereinbarungen war, daß de Wendel von dem reinen Bohneisenerz, das bei Aumeh in dem 449 Meter hohen Erz-rg Lager, 2360 Tonnen jährlich fördern durfte. Vor allen anderen Gütenbesitzern wurde de Wendel von der französischen Regierung berichtigt. Das Bohnerz von Aumeh, das fast frei von Phosphor und 40 bis 50 v. S. eisenhaltig war, fand nun seinen Weg nach Hayange in das Gütenwerk de Wendel und von dort wurden die Heereswaren Napoleons, soweit die Lieferungen möglich waren, mit Waffen und Munition versehen.

Das Bohnerz vom Aumeh Berg wurde bis zum Jahre 1881 gefördert, laut Mitteilung des Direktors der Eisenwerke von Aumeh und Deutsch-Loth vom 9. September 1882 wurde die Einstellung der dortigen Betriebe verfügt. Als Grund wurde die Erschöpfung der Bohnerzlager angegeben, doch wird ein anderer Umstand wohl weit eher bei der Stilllegung ins Gewicht gefallen sein.

Das Thomasverfahren ermöglichte die Entphosphorierung der Minette und damit ihre Verschmelzung zu gutem Roheisen. Am 21. Februar 1881 wurden auf den de Wendelschen Werken die ersten Chargen Flußeisen nach dem Thomasverfahren geschmolzen und es ergab sich dabei ein Flußeisen von größter Reinheit. Von der Minette, die nun denselben Dienst leistete wie das Aumeh Berg Bohnerz, kam aber die Lonne nur auf 2,50 A zu stehen, während die Lonne Bohnerz 6,40 A kostete.

Das Thomasverfahren brachte für die Firma de Wendel ungeheures Reichum, ihre Minettefelder bei Hayange bargen im wahren Sinne des Wortes Gold. Die Abkömmlinge der Dame von Hayange haben aber niemals vergessen, daß sie durch Frankreichs Regenten groß wurden, ihre Sympathien gingen immer mit Frankreich.

So verließ Charles de Wendel, der das Hayinger Werk bei Ausbruch des Krieges leitete — sein Bruder Francois war Leiter des Gütenwerks in Homecourt in Frankreich — Deutsch-Lothringen. Er soll sich nach Paris begeben haben.

So wie 1793 die Republikaner Hand auf die Werke der Dame von Hayange legten, tat dies jetzt der deutsche Staat. Er beschlagnahmte die Werke der „La Petit fils de Francois de Wendel“, wie sich die Firma benannte. Der Staat sollte sich diese Gelegenheit nun nicht entgehen lassen, diese Industriebetriebe als Staatswerke zu behalten. Doch scheinen Privatkapitalisten schon jetzt am handeln zu sein, um in den Besitz zu gelangen, aus deren Händen später vielleicht wieder ein aus England zurückkehrender „Francois“ sie zurückkaufte. Die Deutsche Bergwerkszeitung brachte in ihrer Nr. 207 vom 5. September 1917 einen Artikel zur Zwangsliquidation der de Wendelschen Werke, worin die Frage aufgeworfen wird, wer aus staatlicher Hand die de Wendelschen Anlagen erwerben soll. Darin heißt es unter anderem:

Die de Wendelschen Werke sind in technischer und sozialer Hinsicht rückständig. Die Tatsache, daß die Inhaber der Gesellschaft große Gewinne erzielt haben, ist nicht ein Beweis des Gegenteils. Es ist bekanntlich stets die Eigenschaft des französischen Industriellen gewesen, aus dem Betrieb an Profit so viel als nur irgend möglich herauszuholen, ohne Rücksicht auf das Wohl und Wehe der Angestellten und Arbeiter und ohne Vorsorge auch für die zeitgemäße Ausgestaltung der Werke. Die Herren de Wendel haben in dieser Beziehung keine Ausnahme gemacht. Einer der Inhaber, der vor Jahren den Plan fasste, die Werke nach dem neuesten Muster auszubauen, ließ auf unüberwindlichen Widerstand bei den Mitbesitzern, so daß er seine Absicht aufgeben mußte. Wenn die de Wendelschen Werke trotz ihrer rückständigen technischen Einrichtungen erhebliche Gewinne abgeworfen haben, so lag dies an der gang vorzüglichen Erzgrundlage, auf der sich die Produktion aufbaute, und ferner nicht zum wenigsten an den schlechten Löhnen, die den Arbeitern gezahlt wurden. Es wäre sehr erwünscht, wenn in beiderlei Hinsicht eine Aenderung eintrete. Es ist natürlich nicht leicht, einen Modus zu finden, um die umfangreichen Anlagen in allseitig befriedigender Weise in deutschen Besitz überzuführen. Eine Verstaatlichung kann natürlich nicht in Frage kommen, das Risiko würde für den Staat, der notwendigerweise bürokratisch arbeitet, und der auch über die nötigen Erfahrungen in der Eisen- und Stahlerzeugung nicht verfügt, zu groß sein. Die Werke müssen in den Privatbesitz übergeführt werden.“

Der Verkaufspreis wird in dem Auftrag als außerordentlich hoch bezeichnet, er soll 60 Millionen Mark betragen. Er ist aber nicht zu hoch, denn außer den Kohlengruben in Klein-Roslein in Lothringen und Herrlingen in Westfalen kommen ausgedehnte Güttneranlagen in Lothringen in Betracht, die nur des technischen Ausbaus bedürfen, um gut zu gehen. Das nötige Erz befindet sich in allernächster Nähe der Güttneranlagen. Umfassen doch die Erzfelder der Firma de Wendel allein 6712 Hektar, ohne den Anteil, den sie an dem Erzvorrat der Gesellschaft de Wendel, Durbach, Metz & Comp. hat, deren Erzfelder 5137 Hektar zählen. Es wirkt also denen, die die de Wendelschen Besitztümer erwerben, für die Zukunft ein sehr gewinnreiches Geschäft. Die Gesamtfläche der abbaubaren Erze beträgt in Deutsch-Lothringen 27 000 bis 28 000 Hektar, die vorher gezeigten Zahlen zeigen den großen Anteil der Firma de Wendel an diesen Schätzen.

Der Staat sollte sich diese Reichthümer für die Zukunft sichern. Leider scheint man den Erwerb aber wieder Gesellschaften überlassen zu wollen, die in der Bildung begriffen sind, um die de Wendelschen Werke zu kaufen.

Eine anerkennenswerte Stellungnahme in der Lehrlingsfrage

Wenige Zeit bevor die Eingliederung des Jahrgangs 1900 zum Geeresdienst erfolgte, hat sich die Bezirksleitung vom 9. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an das Württembergische Kriegsministerium gewandt und darauf hingewiesen, daß davon eine erhebliche Anzahl junger Leute betroffen wird, deren Lehrzeit erst im kommenden oder übernächsten Jahre beendet sein wird. Die Bezirksleitung stellte zugleich das Ansuchen, ob es nicht möglich wäre, diese Leute vom Geeresdienst bis zur Beendigung der Lehrzeit zurückzustellen, oder zum mindesten solange, bis ihnen Gelegenheit gegeben ist, durch das vorgeschriebene Gesellenstück ihre Lehrzeit ordnungsgemäß zum Abschluß zu bringen. Gleichzeitig wandte sich die Bezirksleitung auch an den Verband Württembergischer Metallindustrieller, unterbreitete auch diesem die Angelegenheit mit dem gleichzeitigen Ersuchen, in gleicher Weise beim Kriegsministerium Schritte zu unternehmen.

Der Metallindustrieller-Verband unterstützte sofort in anerkennenswerter Weise die Anregung der Bezirksleitung. Es fand dann eine gemeinsame Aussprache mit einem Vertreter des Kriegsministeriums statt. Dieser konnte dem Wunsch der beiden Organisationen aus obigen Gründen nicht Rechnung getragen werden, da ein Aufnahmestopp geschaffen worden wäre, dessen Rückwirkungen auf andere Berufsklassen nicht ohne erheblichen Einfluß geblieben wäre. Die eigenartige Lage der jungen Leute, die mit unvollendeter Lehrzeit einbezogen werden, überließ jedoch das Kriegsministerium nicht und es zeigte sich dann weiter mit den Metallindustriellen in Verbindung, um eine gewisse einseitige Behandlung der Sache im Interesse der Lehrlinge zu erreichen. Das Ergebnis in der Angelegenheit wird nun in nachstehender Bekanntmachung des Württembergischen Kriegsministeriums im Beiblatt veröffentlicht:

Herrn Dr. Mühl, Kriegsministerium
Königstr. 10, Stuttgart
Kriegsamtangelegenheiten
Stuttgart, den 15. Mai 1918.
Nr. 8076 K. 12. W. K. 10.

Führung der Lehrlinge für die zum Geeresdienst eingezogenen Lehrlinge.

Die vollständige Einberufung der landwehrpflichtigen Rekruten zum Geeresdienst bringt es mit sich, daß ältere Lehrlinge, oder solche, welche eine längere als 3jährige Lehrzeit haben, nicht selten vor Beendigung ihrer vollen Lehrzeit eingezogen und damit zum vorzeitigen Abbruch ihres Lehrverhältnisses gezwungen werden. Es ist nun aber, wenn nicht dringende berufliche Bedenken dagegen sprechen, nicht erwünscht, daß solche Lehrlinge, wenn sie nach erfolgter militärischer Ausbildung im Felde gefangen und sich erprobt haben, vielleicht erst nach geraumer Zeit wieder eine längere Spanne als Lehrlinge absolvieren sollen, um nicht der Vorteile des ausgetretenen Arbeiters verlustig zu werden. Eine Zurückstellung der jungen Leute zur Beendigung ihrer Ausbildung ist mit Rücksicht auf die Erfolge und zur Vermeidung von Vorgängen grundsätzlich nicht durchzuführen. Es sollte deshalb nach Möglichkeit dafür gesorgt werden, daß entweder, wie beispielsweise bei den Schülern höherer Lehranstalten, der Zeitpunkt der Lehrjahrsprüfung unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse festgelegt oder daß den Lehrlingen der restliche Teil der Lehrzeit erlassen wird. Im Interesse der Minderheit sollten die möglichen Erleichterungen auch den schon einbezogenen Lehrlingen nachträglich gewährt werden.

Da die berufliche Frage für die Metall- und Maschinenindustrie wohl am dringendsten ist, hat sich das Kriegsministerium, Abteilung III, in Verbindung mit dem Verband Württembergischer Metallindustrieller, E. N. und Sachverständigen geeinigt. Dieser hat sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß diejenigen Lehrlinge, die vor Beendigung der vollen Lehrzeit zum Geeresdienst einbezogen werden, der Rest der Lehrzeit erlassen und das durch § 127 c der Gewerbeordnung vorgeschriebene Zeugnis ausgestellt wird, sofern sie den erforderlichen Grad der Ausbildung erreicht haben. Entsprechend soll auch bei den schon einbezogenen Lehrlingen verfahren werden.

Es muß die Hoffnung angeknüpft werden, daß die Frage ähnlich da, wo nicht unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen in derselben entgegenkommender Weise geregelt wird, wie es durch den genannten Bescheid geschehen ist.

Diese Stellung des Württembergischen Kriegsministeriums und des Metallindustrieller-Verbandes ist jeder unter allen Umständen empfehlenswert. Es wird dadurch zulage getretenen unversicherten Metallarbeitern ein gewisses Maß an geistiger Ruhe verschafft. Eine und doch viele Jahre bekannt, wo Firmen ihnen zum Geeresdienst einbezogen werden, ohne daß sie einen Abgangsgeldanspruch haben, oder wenn sie ein solches ausüben, das zur Minder der Bezahlung führt, daß die zum Geeresdienst einbezogenen Lehrlinge verpflichtet, solange nach ihrer Entlassung vom Geeresdienst als Arbeiter mindestens wieder bei der Firma zu arbeiten, als ihnen an der Beendigung ihrer Lehrzeit fehlte.

Es ist zu hoffen, daß je solche Verträge über die guten Seiten hinweg und rechtens sind, bietet die Stellungnahme des Württembergischen Kriegsministeriums und des Metallindustrieller-Verbandes — die Grundlage, daß überall mit Erfolg die entsprechenden Bestimmungen angewandt werden können, wo Lehrlinge oder Arbeiter in anderer Weise zum Schaden der jungen Leute verfahren werden.

Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen mit der Gewerbetreibenden, um die Firma die Bezahlung des Gesellenstückes zu erleichtern. Es wird nicht nur, auch dies zu erwirken, damit die zum Geeresdienst einbezogenen Lehrlinge nach ihrer Entlassung bei der Firma ihr Gesellenstück erhalten können, wo sie sonst in der Lage wären, es nicht zu erhalten.

Was steht in § 5 Absatz 1 des Verbandsstatuts?

Der Verband ist verpflichtet, für die Ausbreitung des Verbandes und die Erreichung des Zweckes desselben zu wirken. Das gilt für jedes Mitglied, und nicht nur für die Mitglieder der Ortsverwaltung, oder gar nur für die besoldeten Verbandsangestellten. Es gilt auch nicht nur für die Werkstattvertrauenspersonen, nein, es gilt für jeden Kollegen, für jede Kollegin. Wir müssen jede Gelegenheit wahrnehmen, wo es gilt, für den Verband einzutreten, gleichgültig, ob wir mittelbare Mitarbeiter vom Nutzen des Verbandes zu überzeugen, darauf hinzuwirken, daß heutzutage jeder Erwerbstätige sich organisiert hat, daß der Einzelne machtlos ist, daß es zusammengehen heißt in einer Organisation, aber in einer solchen, die nur aufgebaut ist auf der zusammengefaßten Kraft der Arbeitsbrüder und -schwestern allein, die nicht durch Unternehmergeschäfte künstlich am Leben erhalten wird.

Der Mitgliedsrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat während der letzten Wochen besonders erfreuliche Fortschritte gemacht. Wir haben dies nicht zum mindesten der hingebenden Werbetätigkeit unserer Kollegen und Kolleginnen im Betriebe zu verdanken. Immerhin war es aber nur ein Teil unserer Verbandsmitglieder, die sich in dieser erfolgreichen Weise betätigte. Viele sind noch lau; sie lassen sich die Vorteile gefallen, die der Verband ihnen bietet und verschafft und meinen, durch die Beitragsleistung alle Pflichten erfüllt zu haben. Das genügt nicht! Nehmt regeren Anteil am Verbandsleben, lest eure Metallarbeiter-Zeitung, lest auch die andere Arbeiterpresse, besucht regelmäßig eure Versammlungen und benutzt alle Bildungsgelegenheiten, die die Arbeiterbewegung euch bietet! Klärt auf diese Weise auch selber auf und helft auch in euren eigenen Kreise Aufklärung verbreiten.

Viele wenig machen ein Viel,
Vereinte Kräfte fahren zum Ziel!

Zum Taylorsystem

Ein 16 1/2 Jahre alter Kaufmannslehrling mit Volkshochschulbildung sendet uns einen satirischen Aufsatz über das Taylorsystem. Man merkt es dem Schriftstück wohl an, daß es Schülerarbeit ist, allein diese ist doch derart, daß man von ihrem Verfasser sagen kann: Der Junge wird gut. Er hat bereits sehr scharf in die Gedankenwelt des Unternehmertums geblickt. Unser neuer Mitarbeiter schreibt: Auf welches Ziel das „wissenschaftliche“ Taylorsystem, das leider auch in Deutschland Eingang gefunden hat, letzten Endes hinausgeht, mag Nachstehendes beleuchten. Jeder, der das Taylorsystem einigermaßen kennen lernt, wird sich seine Nachteile, die jede beschönigende Literatur hierüber nur doch nicht beiseite räumt, an Hand des Folgenden klar machen können.

Wie wir erfahren, hat die hiesige Firma M. N., die mit allen ihren Bestrebungen als vorbildlich genannt zu werden verdient, nach langen Versuchen vor einiger Zeit endgültig die Einführung der neuen wissenschaftlichen Betriebsorganisation beschlossen. Die Arbeit wird systematisch betrieben; das Funktionieren des Werkes der Firma ist nach der neuen Organisation jetzt ganz außer Frage gestellt. Einiges Interessantes sei hier zur kurzen Beleuchtung angeführt. Der ganze Betrieb gliedert sich fast nicht mehr wie bei anderen Betrieben, die bis jetzt alle mehr oder weniger nach den primitivsten Grundsätzen arbeiten, kurzweg in Betrieb (im engeren Sinne) und Kantor, sondern alles bildet ein zusammenhängendes Ganzes, wo jede „Abteilung“ in die andere „übergreift“ und somit alles fast rein maßstabmäßig funktioniert. Da eine „Organisation“ nicht in Betriebsräumen untergebracht werden kann (sie würde sich hier sehr belästigen), so ist sie in praktischer und einfacher Weise in Büroräumen untergebracht. Wir erfahren, sollen solche für besagte Zwecke, wie die Versuche ergeben haben, bestens geeignete Räume noch weiter errichtet werden. Es liegt auf der Hand, daß, je mehr „organisiert“ wird, es nur von je größerem Vorteil für ein Werk sein kann.

Die neue Organisation ist sehr mannigfaltig, interessant und lehrreich. Es kann nur jedem, der sich hier Fachmann nennt, empfohlen werden, sich die Organisation der Firma anzusehen. Jeder wird dann merken, daß er viel zu sehr Fachmann ist, dessen Tätigkeit sich nur auf ein bestimmtes Fach beschränkt, und daß er mit seinem — na „geringen“ Verstande (Verzeihung!) durchaus nicht in eine solche ausgebreitete, komplizierte usw. Organisation hineinpassen würde. Er würde es eben nicht fassen, nicht begreifen!

Wie wir von unserem Gewerksmann erfahren, ist ein wesentlicher Faktor der neuen Organisation der ständige Verkehr, das heißt der Betriebsgehörigen untereinander. Es ist bekannt, daß beim wüthlichen Verkehr Mißverständnisse, Zweifel usw. entstehen, die in jedem Falle die Organisation schwer gefährden würden. Beim schriftlichen Verkehr wird nun versucht, dieses möglichst auszuschalten. Leider weisen jedoch nicht alle Menschen eine gleichmäßig gute Handschrift auf. Es sind bei obengenannter Firma Bestrebungen im Gange, die Schrift und Hand eines jeden gleichmäßig — maßstabmäßig — zu gestalten. Nach einigen Versuchen hat sich herausgestellt, daß zur Erreichung dieses Ziels die Schreibmaschine am besten dienen kann. Leider steht jedoch noch nicht fest, welchem System hierbei der unbedingte Vorzug zu geben wäre.

Aber selbst durch Schreibmaschinenschrift ist es nicht immer möglich, Mißverständnisse, die wie schon gesagt, die Organisation schwer gefährden würden, zu beseitigen; der Fehler liegt eben im menschlichen Gehirn selbst begründet. Die vorhandenen Ergebnisse haben jedoch eine glückliche Lösung der Sache möglich gemacht, wie die nächsten Ausführungen zeigen mögen.

Wie dem Vorherigen kann jeder entnehmen, daß noch immer die Menschheit des Gehirns: Jenseit ist menschlich, besteht „Jenseit“ nicht mit „Organisation“ nicht im Einklang. Jenseit: Es wird von jedem Bedauern ausgesprochen, daß der Mensch in seinem jahrelangsten alten Entwicklungsstadium nicht nur nicht zur Maschine, die jetzt automatisch mit höchster Leistungsfähigkeit arbeitet, und die weder auch Abwechslung leiden nicht vertragen, geworden ist, und die weiser auch Abwechslung leiden kann jedoch nur funktionieren, wenn sich der Mensch diesem Zustand unbedingt unterwirft; es liegt in ihrem Wesen, daß sie nur vollkommen sein kann, wenn dieser Zustand erreicht ist. Das erstere ist möglich, das andere ganz unmöglich, wenn nicht unbedinglich. Jenseit ist es Tatsache, daß es bis jetzt noch nirgend erreicht worden ist.

Die neue Organisation der Firma geht nun sehr weit und ist seit Jahren in der Entwicklung, die es zu erreichen hat. Ihre Durchführung geht dahin, einen Menschen vollkommen zu erziehen und ein passives, nachlässiges, denkendes, funktionierendes Gehirn zu schaffen. Die Firma, die das gestrebt, hat bereits angefangen.

Wir wollen die Sache hier nicht weiter ausführen. Nach den Ausführungen des hochgeachteten Chefs des Werkes sind die Bedingungen der Erziehung jedoch ungeheuer. Man denke sich ein großes Werk, das ohne menschliches Jenseit alle Arbeit selbst erledigt, das heißt: hier wird Material angefahren, die denkbaren menschlichen Einrichtungen haben es ab, verarbeiten es und da kommt die Ware versandfertig aus dem Werk heraus. Welche großen Vorteile: Die denkenden Menschen können sich selbst reparieren sich selbst, alle menschliche Arbeit wird erledigt, Jenseit usw. Lommen nicht vor usw. Richtig wäre als „Jenseit“ nur der Bedenker, der sich hoffentlich nicht langweilen wird. Tatsache ist (die Einführung der neuen, vollkommenen Organisation bei dem ganzen Werke dürfte bereits nach dem Erzieher beider sein) — Tatsache ist, daß der Bedenker nach dem Erzieher über einen großen, bedeutenden Teil der menschlichen Arbeit, die „Menschheit“ gehen wird. Bei dem durch den menschlichen

triebe muß naturgemäß mit einem bedeutenden, ja ganz ungemein höheren Verschleiß der „Betriebsmittel“ als bisher gerechnet werden. Zur Veranschaulichung sei gesagt, daß nach dem Kriege genügend Material, welches zur Umwandlung in neue „Maschinen“ dient, vorhanden sein wird.

Die ganz gewaltigen volkswirtschaftlichen und völkerverpolitischen Wirkungen der jetzt beschriebenen, wirklich vollkommenen wissenschaftlichen Organisation, ohne die natürlich fortan kein Betrieb konkurrenzfähig bleiben kann, sind noch nicht vorzuzusehen.

Die Firma hat neue Gedanken und Pläne aufgefressen, die man sich bisher nicht träumen ließ, und zur Verwirklichung gebracht. Ihre Erfolge auf diesem Gebiete haben in allen Kreisen gewaltigsten Aufsehen erregt und größtes Interesse nachgerufen.

Unser Verband in der 196. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 196. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Köslin, Gotha, Schmaltal, Uetersen und Wobbel-Schulau.

Übersicht über die Zeit vom 28. April bis zum 4. Mai 1918.

Bezirk	Verwaltungsstellen haben berichtet	Wittglieberzahl zu Anfang der Woche	Davon vom Geeresdienst entlassen	Wittglieberzahl am Ende der Woche	Davon zum Geeresdienst entlassen	Wittglieberzahl am Ende der Woche	Davon arbeitslos	Wittglieberzahl am Ende der Woche				
1.	-81	1	10961	82	71	16	10890	9	0,08	41		
2.	82	—	14727	6	89	27	14638	15	0,10	120		
3.	88	—	11707	14	86	29	11641	14	0,12	183		
4.	60	—	50817	78	811	51	50506	118	0,28	582		
5.	77	2	41785	47	846	187	41499	28	0,07	177		
6.	40	2	41515	77	244	58	41271	84	0,09	187		
7.	84	—	78516	42	598	110	72917	12	0,02	121		
8.	80	—	28654	88	367	52	28297	8	0,01	11		
9.	49	—	62105	71	608	261	51497	24	0,05	85		
10.	87	—	85451	88	880	52	85071	57	0,16	291		
11.	1	—	71842	70	154	154	71188	245	0,34	1087		
Gesamt	414	5	432579	511	3254	942	429325	559	0,13	2785		

Anschließend der im Laufe der Woche Zugeworbenen, Neuzugeworbenen und vom Geeresdienst Entlassenen.

In der Berichtswochen wurden (außer Berlin) 4722 neue Mitglieder aufgenommen. 481 Mitglieder wurden mehr zum Geeresdienst entlassen.

6841 Mitglieder = 1,55 v. H. waren arbeitslos gemeldet, an die 46187 M. Unterstützung ausbezahlt wurden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 26. Mai der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. Mai bis 1. Juni 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	
	wöchentlich			
Wentzen	10	10	10	27. Beitragswochen
Kattowitz	10	10	10	27.
Laurahütte	10	10	10	27.
Wiesbich	10	—	5	1. Juni.
Neutrieb	10	—	—	1. Juni.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zurückgenommen wird: die in Nr. 44 der Metallarbeiter-Zeitung 1916 erfolgte Ausschließung des Genossen Friedrich Hadel, geboren am 2. Januar 1886 zu Berlin.

Anforderung zur Rechtfertigung.

Das nachfolgend genannte Mitglied wird aufgefordert, sich wegen der gegen ihn beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Juggelstadt: Die Arbeiterin Walpurga Wardt, geb. am 22. Sept. 1890 zu Amberg, Mitgliedschafts-Nr. 139963, wegen Unterschlagung.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Güternarbeiter.

Nordenham. Der „Gegen“ der Betriebswohnungen. Die Firma Metallwerke „Unterweser“ in Friedrich-August-Wüste bei Nordenham besitzt in Hiesewarden eine sogenannte Arbeiterkolonie. Weil recht viele dieser Wohnungen leer stehen, vermietet die Firma davon auch an nicht auf dem Werk beschäftigte Arbeiter. Ein in einem anderen Betrieb beschäftigter Arbeiter mietete sich eine solche Wohnung und nach einiger Zeit trat er auch bei dem Werke in Arbeit. Mit dem Steigen der Ausgaben für die Lebenshaltung steigt nun aber bei der Firma, dank der Herrschaft der dortigen „Walten“, nicht der Verdienst der Arbeiter. Der Arbeiter konnte mit seinem Verdienst seine recht große Familie nicht mehr ernähren und forderte mehr Lohn. Dieses wurde ihm abgelehnt. Er suchte sich nun andere Arbeit und wandte sich an den Sachverständigen auswärts, der ihm auch den Abschiedspruch sprach, weil er sich ganz wesentlich verbessern konnte. Nun rüchete sich aber die Firma. Zwei Tage nach diesen Vorgängen erhielt der Arbeiter folgenden Brief: „Guten Tag! Hiesewarden. Wir fordern Sie hiermit auf, nach dem Ende unserer Dienste auszuweichen, die von uns gemietete Wohnung nebst Gartenlandereien gemäß § 6 des Mietvertrages bis zum 20. ds. Mts. zu räumen. Respektvoll „Unterweser.“ (Unterschrift unleserlich). Dieser Vorgang bedeutet wieder einmal die Arbeiterfreundlichkeit der Firma Metallwerke „Unterweser“, die nur solange vorhanden ist, wie die Arbeiterkraft sich nicht ausbreiten läßt. Selbst aber jemand wider den Stachel, wendet man Repressalien an. Er bezieht aber auch den Wert der Betriebswohnungen im allgemeinen. Da sich auch andere Firmen hier mit dem Gedanken der Errichtung von Betriebswohnungen tragen, sei die Arbeiterkraft

Metallarbeiter.

Dresden. Dem in der Generalversammlung am 28. April erstatteten Geschäftsbericht des Kollegen Marx ist zu entnehmen, daß sich ein Nachlassen der Gewerkschaftsbewegung bemerkbar macht und bereits mehr Friedensarbeit zur Ausführung gelangt, soweit sie die Kriegswirtschaft benötigt. Die veröffentlichten Rechnungsabläufe der größeren Abteilungen weisen im letzten Jahre ein geradezu glänzendes Ergebnis auf. Die Preissteigerungen halten an und deuten nach dem Bestreben in der Arbeiterenschaft, die Verdienste zu steigern. Es wurden in 107 Betrieben mit 5040 Beteiligten 59 Lohnbewegungen zum Abschluß gebracht. Hier von waren 2 Bewegungen mit 32 Beteiligten Abwehrbewegungen. Erfolgreich endeten 7 Bewegungen mit 115 Personen. 17 Bewegungen mußten auf das 2. Vierteljahr übernommen werden. Vor dem Schlichtungsausschuß wurden 10 Bewegungen mit 1031 Beteiligten, vor dem Generargericht als Einigungsamt eine Bewegung mit 150 Beteiligten zum Abschluß gebracht. Der Widerstand der Unternehmer gegen Lohnerhöhungen macht sich immer stärker bemerkbar. Im Gegensatz zu ihren erzielten glänzenden Gewinnen sind die Verdienste der Arbeiter der Metallindustrie im allgemeinen als bescheiden und als nicht zeitgemäß zu bezeichnen. Neben der Erhöhung der Verdienste und Lernerzugulagen steht sich das Bestreben durch die Stundenlöhne der Arbeiter mit 80 v. H. des durchschnittlichen Verdienstes festzusetzen. Hierdurch wird dem einzelnen Arbeiter ein Anproben zur Festlegung ordentlicher Löhne gegeben. Es ist aber auch Pflicht jedes einzelnen, auch außerhalb allgemeiner Bewegungen Lohn- und Verdienstaufbesserungen zu erstreben. Unersetzlich war, daß die planlose, politische Streikbewegung im Januar auch auf einige Betriebe der Metallindustrie übergriffen hatte. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, die Teilnahme an solchen, allen Regeln der Taktik widersprechenden Bewegungen abzulehnen, die der Sache der Arbeiterchaft nur schaden. Ferner ist es Pflicht, daß die Verhandlung noch auf den verhältnismäßig bescheidenen Wohl der Arbeiterchaft wirksam vertritt. Bezüglich der Lebensmittelversorgung durch Auslandswaren macht sich ein widersprüchliches Verhalten der Behörden bemerkbar, welches durch Verhandlungen beseitigt werden muß. Die Mitgliederzahl ist um 770 auf 12 812 gestiegen. Neueintritte waren 1396, darunter 772 weibliche und 210 jugendliche. Freiwillig ausgeschieden, gestrichen wegen Meist sind 618. Von den ausgeschiedenen gehörten 427, darunter 300 weibliche, dem Verbande weniger als ein Jahr an. Dieser Wechsel kann nur durch einen besseren Ausbau des Vertrauensmännerstems in den Betrieben und den Branchen unterbunden werden. Der Kassier Deuterich ging eingehend auf die einzelnen Posten der Rechnung ein. In der Hauptkassette stand einer Meinnahme von 89 800 M. eine Reinnahme von 50 400 M. gegenüber, an die Hauptkasse wurden 45 000 M. eingekassiert. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 44 000 M., bei 41 500 M. in Ausgabe gegenüber. An Krankenerhaltung wurden 23 800 M., an Sterbegeld 4500 M. gezahlt. Diese beiden Ausgabenposten sind im fortwährenden Steigen. Der Grund besteht einerseits in der bedeutenden Ernährungsschwierigkeiten, sowie in der unzulänglichen Heilbehandlung infolge fehlender Medikamente und nötiger Stärkungsmittel. Es muß deshalb immer wieder die dringende Ermahnung an die Kollegen ergehen: Seid hausväterlich mit eurer Arbeitkraft und schüßt euch und eure Familien vor Krankheit durch entsprechende Arbeitszeiterleichterung und gute Entlohnung. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse halten sich seit langem die Waage, die Ausgaben sind teilweise höher als die Einnahmen, trotzdem keine außerordentlichen Posten zu verzeichnen sind. Hier muß unbedingt beachtet werden, daß die Einnahmen höhere werden, wenn wir allen Aufgaben in der Zukunft entsprechen wollen. In der Uebersicht über die letzten Jahre, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, mit Kämpfen zu rechnen haben, die einen guten Lokalkassendebitus voraussetzen. Da unsere Haupteinnahmequelle unsere Lokalkassensätze sind, muß eine baldige Erhöhung erfolgen. In der Hauptsache wurde noch darauf hingewiesen, daß die Durchführung und Erweitern von Arbeitsstellen tätig zu sein. Eine Stärkung des Lokalkassensatzes ist notwendig, weil die Metallindustrie auf ihrer letzten Generalversammlung in Dresden sich gegen das von der Generalkommission aufgestellte Programm des Arbeiterschutzes und auch gegen die Form des Arbeitersammengesetzes ausgesprochen haben. Dem Kassier wird Entlastung erteilt. Die Entscheidung zur Ortsverwaltung: Beträchtlich als Revisor, Mittel als Revisor. Gegen 12 Stimmen wurde beschlossen, eine einmalige Sammlung zugunsten der Gefangenenerhaltung zu veranstalten; gegen vier Stimmen, die Generalversammlung bis auf weiteres an Wochentagen abzuhalten.

Kaiserslautern. Aus der hiesigen Kriegsindustrie. Das Gas- und Armaturwerk, wohl der größte Betriebsbetrieb am hiesigen Werke, gibt der Arbeiterchaft ständig Anlaß zu Klagen. Mit dem sprunghaftem Emporkommen dieses Betriebes infolge der Kriegsindustrie hat sich das Verhalten, das man gegen die Arbeiter schon immer anwandte, nicht im geringsten geändert. Kürzlich wurden wieder eine Anzahl — besonders Arbeiterinnen — Strafzettel gemacht bis zu Höhe von 450 M., ohne daß die Betroffenen wußten oder gefragt wurden, warum sie bestraft worden waren. Erst auf allgemeines Protestgeschreiben der Betroffenen hat man erklärt, es handle sich um einen Verstoß, von der Gewerkschaft. Dabei gab man den Betroffenen auch noch zu verstehen, als ob durch die Gewerkschaft die Abzüge erfolgten wegen mangelhafter Arbeit. Das kann kein Mensch glauben. Das da dahintersteht, erfahren die Arbeiter nicht. Über die Firma hat kein Recht zu solchen nachträglichen Abzügen. Die Abzüge werden im Betriebe mehrmals geprüft und da erhalten die Arbeiter für etwaigen „Ausbruch“ Abzüge genug. Stellt sich aber nachträglich noch etwas heraus, dann hätte eben die Firma den Schaden zu tragen, falls die Gewerkschaft Abzüge macht. Aber die Firma hat die Macht, und so glaubt sie auch das Recht zu haben, Abzüge zu haben. Als vor einiger Zeit die Arbeiter dieses Werkes gegen Lohnherabsetzungen Unterhandlungen führten, war die Firma nicht zu eigenem Nutzen nachhaken Zugeständnissen zu bewegen. Es hat der Arbeiterschutzes die Angelegenheit vor den Schlichtungsausschuß gebracht, wo bereits Termin angesetzt war. Das mußte natürlich verhindert werden. Die Direktion nahm den Arbeiterschutzes ins Gebet, drohte, wenn die Eingabe beim Schlichtungsausschuß nicht zurückgenommen werde, — dann habe sie mit dem Schlichtungsausschuß auf und es müßten 600 Arbeiter in die Gefängnisse gehen. Der Arbeiterschutzes habe dann die Verantwortung zu tragen. Dieser Schreckenszettel, der bei Arbeitern Landesweite Verbreitung fand, ließ leider nicht ohne Wirkung auf den Arbeiterschutzes. Er hat sich übergeben, die Klage zurückgezogen, und die Unterhandlungen hinsichtlich der Lohnaufbesserung wieder aufgenommen. Aber diese Aufgabe einzulösen, fiel der Direktion nicht ein, nachdem die Gefahr, vor den Schlichtungsausschuß zu müssen, von ihr genommen war. Wohl wurden Zulagen von 10 bis 15 S. gewährt, aber nicht allgemein, sondern man gab, wenn man gerade wollte. Die meisten gingen leer aus. So ist die Unzufriedenheit in diesem Betriebe außerordentlich groß. Beseitigt werden kann sie aber nicht durch Lohn- und Zulagen, sondern nur durch kräftiges Handeln. Es muß eine geschlossene gewerkschaftliche Organisation möglich sein. Dieser ist ja in diesem Betriebe schon vieles besser vorhanden. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen diese Notwendigkeit einsehen, wenn sie greifbare Erfolge erzielen wollen. Auch die Gewerkschaft sollte diesem Betriebe, der sehr viel Hilfsdienstleistungen gewährt, und den Schlichtungsausschuß für die Abwehr der besonders ungünstigen Augenblicke zuwenden, soweit Arbeitervereine in Betracht kommen. Ein anderer Betrieb, der den Arbeitern Anlaß zu erheblichen Klagen gibt, sind die „Barbarossa-Werke“ von Gebr. Pfeiffer. Dort ist es die gelbe Bewegung, die man immer wieder den Arbeitern aufzuzwingen sucht. Ganz besonders in der Abteilung für die Säben leidet der Drehermeister, der selber gezwungen wurde, den man aber während des Krieges, wo es an Leuten mangelte, wieder geholt hat. In den Betrieben, mit denen dieser Herr die Arbeiter gegen ihren Willen in einen großen Widerstand zu bringen sucht, ist er keinesfalls wählbar.

So wurde Klammerten direkt gesagt, sie müßten sich aufnehmen lassen, sonst würden sie nicht mehr rekrutieren. Da die Arbeiter einsehen, daß sie diese gelbe Bewegung nicht nützen kann, wendet man solche Zwangsmittel an. Auch hier sollte die Gewerkschaft einmal dafür sorgen, daß der Herr Marx gemacht wird: mit der Reklamation dürfen nicht solche Nebenpflichten verbunden werden, sondern die Arbeiter können nach dieser Richtung tun und lassen was sie wollen. Auch für diesen Betrieb gilt das schon vorher erwähnte, daß nur durch kräftiges, einheitliches Handeln, durch eine geschlossene gewerkschaftliche Organisation, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern ist. Deshalb rufen wir auch zu: Einem in die gewerkschaftliche Organisation! Einem in die Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Leipzig. In der Generalversammlung am 17. April gab Kollege Fromm den Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im 1. Vierteljahr 1918. Redner stellt zunächst fest, daß entgegen den Behauptungen des Verbandes der Metallindustrie Leipziger der Arbeiternachweis der Unternehmer von unsern Kollegen und Kolleginnen fast gar nicht benutzt wird. Die Unternehmer veröffentlichten Zahlen über die durch ihren Arbeiternachweis vermittelten Stellen, die den Tatsachen auf keinen Fall entsprechen. Die Unternehmer wollen damit den Beweis für die Bedeutung des Arbeiternachweises in der Wirtschaft erbringen. — In einigen Betrieben sind die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes erforderlichen Wapten zu den Arbeiterschuttschiffen noch nicht erfolgt. Bei der Firma vormalig von Wittler hat bis zum Jahr 1911 ein Arbeiterschuttschiff bestanden. Die Firma will vor sechs Jahren dem Vorstand des dort gegründeten Werkvereins die Funktionen eines Arbeiterschuttschiffes übertragen haben. Die Kollegen in dem Betriebe wissen aber davon nichts und verlangten die Neuwahl eines Arbeiterschuttschiffes. Die Firma lehnte dies unter Berufung auf § 14 des Hilfsdienstgesetzes ab. Hervorzuheben ist noch, daß vier Arbeiter nachträglich in den Vorstand des Werkvereins berufen worden sind und nun ohne weiteres als Arbeiterschuttschiff fungieren. Die Firma Karl Krause erachtet eine neugewählte Kommission als den zu Recht bestehenden Arbeiterschuttschiff. Die Tätigkeit dieser Kommission beschränkt sich darauf, die Strafgebühren zu verwalten. Bei der Firma Mansfeld besteht ein Arbeiterschuttschiff, das im Jahre 1907 gewählt worden ist. In allen Fällen hat die Ortsverwaltung Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft erhoben. — In einer Anzahl von Betrieben war die 52stündige wöchentliche Arbeitszeit auf fünf Schichten zusammengelegt worden. Die Ortsverwaltung hat auch in diesen Fällen Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft erhoben. — Vom 11. bis 16. März hat eine Buchkontrolle stattgefunden. — Die Beteiligung an der am 17. März veranstalteten Versammlung der Leipziger Gewerkschaftsfunktionäre hat die Ortsverwaltung in Uebereinstimmung mit den übrigen aus dem Kartell ausgetretenen Gewerkschaften abgelehnt. Der Vorstand des Gewerkschaftskartells hat zu dieser Versammlung Eintrittskarten, die prozentual nach dem Mitgliederbestand der einzelnen Gewerkschaften bemessen waren, zur Verteilung gebracht. Für die Metallarbeiter sollte der Bestand zur Zeit des Austritts aus dem Kartell maßgebend sein. Zu dieser Zeit belief sich unsere Mitgliederzahl auf 651, während wir am Schlusse des Jahres 1917 817 Mitglieder zu verzeichnen hatten. Die Handlungsgeldheften sollten überhaupt keine Karten bekommen. Die Forderung der ausgetretenen Gewerkschaften, die Zahl der Karten nach dem Bestand am Schlusse des Jahres 1917 zu verteilen und den Handlungsgeldheften ebenfalls Karten zu übermitteln, wurde vom Vorstand des Kartells abgelehnt. Aus diesen Gründen wurde der obengenannte Beschluß gefaßt. Am Schlusse des 1. Vierteljahres zählte die Verwaltungsstelle 8855 Mitglieder, am 31. Dezember 1917 8161, also ist eine Zunahme von 694 Mitgliedern zu verzeichnen. In der Bilanz wurden von 416 Leuten 854 Bücher entliehen. — Durch Lohnbewegungen sind für 2492 Kollegen Zulagen in Höhe von 14 300 M für die Woche oder 5,74 M für eine Person, für 862 Kolleginnen 2146 M oder 2,48 M für eine Person, insgesamt für 3354 Kollegen und Kolleginnen 16 446 M oder 4,90 M für eine Person im 1. Vierteljahr 1918 erzielt worden. — Wiederholt haben Unternehmer bei Verhandlungen mit den Arbeiterschuttschiffen erklärt, bei fehlender Förderung lediglich im Auftrage der Organisation, die Arbeiter seien gar nicht damit einverstanden. Die Herren berufen sich hierbei auf einen Satz aus den Ausführungen des Kollegen Fromm in der letzten Generalversammlung, in dem auf den mangelhaften Besuch eines Teils der Betriebsversammlungen hingewiesen wurde. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Ortsverwaltung von mehreren Vertrauensmännern und Zusammenkünften der Arbeiterschuttschiffe in Uebereinstimmung mit den übrigen in den Betrieben beschäftigten Kollegen den Antrag zu ihrem Vorgehen erhalten hat. Die Arbeiter sehen hieraus, was notwendig ein guter Besuch der Versammlungen ist. — In den Bericht knüpfte sich eine lebhaft ausgeprägte. Zwei Kollegen kritisierten die Haltung der Ortsverwaltung in der Kartellfrage. Kollege Fromm stellte den Antrag, binnen vier Wochen den Wiedereintritt in das Kartell zu vollziehen. Kollege Liebsmann beantragte, die Ortsverwaltung zu beauftragen, erneut zur Kartellangelegenheit Stellung zu nehmen und der nächsten Generalversammlung bestimmte Vorschläge zu unterbreiten. Mitglieder der Ortsverwaltung traten den Ausführungen der genannten Kollegen entgegen. Ein Antrag, in Anbetracht der vorerzählten Zeit die Versammlung zu vertagen, fand gegen eine starke Minorität Annahme. Der Antrag der Revisoren, dem Kassier Entlastung zu erteilen, wurde einstimmig angenommen.

Stuttgart und Umgebung. Am 4. Mai wurde im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Verwaltungsstelle abgehalten. Dem Geschäftsbericht des Kollegen Spentzien war zu entnehmen, daß die fortschreitende Entwicklung der Verwaltungsstelle Stuttgart im letzten Vierteljahr alle gehesten Erwartungen weit übertrafen habe. Die Mitgliederzahl stieg um beinahe 3000, so daß 13 451 Mitglieder vorhanden sind gegen kaum 4000 vor 1 1/2 Jahren. Die Erschaffung der Organisation kam auch bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Ausdruck. In den hauptsächlichsten Betrieben wurden im letzten Vierteljahr Bewegungen erledigt, deren Ergebnis mit rund 200 000 M. Mehrerdienst die Woche der Erfolg des ganzen Jahres überfüllt. Jetzt gelte es, die Verhältnisse der zurückgebliebenen, rückständigen Betriebe zu verbessern. Die in den Betrieben des Kriegswirtschafts vorgesehene Regelung der Einkünfte, die Bezahlung bestimmter Verdienste an die Bediensteten und die Bezahlung der Zulagen für Ueberzeitarbeit der Arbeiterbelegene begegnet vielfach dem Widerstand der Unternehmer. Diese lassen es auch nicht an Versuchen fehlen gegen solche Firmen, die ihren Arbeitern entgegenkommen durch Bezahlung zeitgemäher Verdienste. Wegen des Widerstandes der Organisation wenden sich nicht nur gewisse Unternehmer, auch „Arbeiter“ heilen sich, unserer Entwicklung Krügel zwischen die Füße zu werfen. In den Vorkämpfen sind es die „Wirtschaftsbediensteten“, die mit Unterstützung der Firma jede Bewegung der Arbeiter unterdrücken möchten. Der von „unabhängiger“ Seite angelegte Kampf gegen die Politik der Gewerkschaften ruft in letzter Zeit ebenso schädliche Wirkungen hervor, da man, um sachliche Gründe zu verlegen, mit sinnlosen Beschuldigungen und Behauptungen haufen geht, die Vertrauen gegen die Organisation hervorruhen. Ueber sachliche Meinungsverschiedenheiten läßt sich reden, je nachdem der Organisation nicht. Gegen heimliches Schreiben muß eingeschritten werden. — Dem Geschäftsbericht wurde ohne Aussprache zugestimmt. Nach Erledigung der Rekrutierung der Ortsverwaltung, der Bezirkskommission und der Hauskommission wurde ein Antrag auf Erhöhung des Lokalkassensatzes in der I. Klasse um 10 S. die Woche behandelt. Zur Entscheidung über diese Erhöhung lag von Freimüller ein Antrag auf Urabstimmung vor. Kollege Gageri begründete den Antrag, der eine bessere Stärkung unserer örtlichen Finanzen herbeiführen soll. Große gewaltige Ausgaben stehen uns in der Uebergangszeit bevor. Die heutige Geldentwertung fordert höhere Leistungen, die ohne Beitragserhöhung nicht durchführbar sind. Soweit die Mitglieder sich mit dem Antrag beschäftigen haben, fand er überall in der Versammlung Zustimmung. Wenn die Generalversammlung die Rekrutierung für zureichend erachtet, wendet sich die Verwaltung nicht dagegen. Nach kurzer Aussprache wurde die Beitragserhöhung mit allen gegen 10 Stimmen gut-

gehehen und beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen, der Beitragserhöhung bei der Urabstimmung zuzustimmen. Zum Schluß wurde noch ein Respekt des Kollegen Coker (Berlin) über „Die gelbe Wertvereinsbewegung“ erwidert, das von der Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde.

Suhl und Umgebung. Die am 28. April in Albrechts abgehaltene Generalversammlung nahm den Rechnungs- und Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers Lohfink entgegen. Die Hauptkassette hatte im 1. Vierteljahr in Einnahme und Ausgabe 825,40 M., die Lokalkasse 2222,30 M. Die Mitgliederzunahme betrug, bei 120 Aufnahmen, die hauptsächlich in Werkstattversammlungen gemacht wurden, 83. Der Mitgliederstand ist 990. Bei Besprechung des Antrages der Ortsverwaltung: Erhebung eines einmaligen Extrabeitages, wurde von sämtlichen Rednern betont, daß die Lokalkasse gestärkt werden müsse, um den gesteigerten Anforderungen genügen zu können. Einstimmig wurde beschlossen, den Lokalkassensatz von 5 auf 10 S. zu erhöhen. Ein Antrag der letzten Generalversammlung: Eingabe an den Hauptvorstand zwecks Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages, und ein Antrag der Mitgliedschaft Mehlis: Verhalten gegen die Taktik des Hauptvorstandes und die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung wurden zusammen zur Beratung gestellt. Ersterer wurde vom Kollegen Göttsche, letzterer vom Kollegen Böhm in längerer Ausführungen begründet. Das Verhalten des Hauptvorstandes in seiner Kriegspolitik, Mißbrauch in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung, wurde einer Kritik unterzogen. Nach ausgedehnter Aussprache wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute am 28. April 1918 zu Albrechts tagende Generalversammlung von Suhl und Umgebung beschließt: Den Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu ersuchen, so schnell wie möglich eine außerordentliche Generalversammlung des gesamten Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einzuberufen. Gründe dafür sind schon genügend in der Metallarbeiter-Zeitung bekannt gegeben. Die Versammlung protestiert gegen den Mißbrauch des Hauptvorstandes in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung. Ferner verurteilt sie aufs schärfste die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung und den Beitritt der Generalkommission zum Volksbund für Freiheit und Vaterland. Sie sprechen die Erwartung aus, daß die Kollegen von der Generalkommission und der Hauptvorstand bei jeder Gelegenheit sich mehr von proletarischen Gefühlen als von nationalen Interessen leiten lassen. Letzten Endes gelobt sie, die Beschlässe der internationalen Konferenzen hochzuhalten und für ihre Durchführung mit aller Energie mitzuwirken.“ — Nach Bekanntgabe einiger Mitteilungen und der Aufforderung, in der Agitation nicht zu erlahmen, da nur Geschlossenheit zum Ziele führe, wurde die Versammlung geschlossen.

Rundschau

Es das Geld rollt. Unter dieser Epigramme schreibt die Verbrauchswirtschaft im Kriege (Nr. 35 vom 14. Mai): Gewisse Kreise, darunter die Deutsche Tageszeitung, können es nicht unterlassen, Stadt und Land in einen tiefbedauerlichen Gegensatz zu bringen. Weil man dem Arbeiterstande, der im Kriege seine Pflicht erfüllt, nichts am Zeuge stehen kann, müssen immer wieder „die hohen Löhne der Arbeiter“ zur Verhöhnung herhalten oder auch zur Begründung von Zuckerpreisen bei Landwirtschaft und Handel. In Nr. 223 schreibt die Deutsche Tageszeitung: „Die durch die Lebensmittelnotlage hervorgerufenen hohen Preise sind noch recht erträglich, so fern über zu unnünftigen Ausgaben zu verzichten.“ Man sollte glauben, unter den „manchen Kreisen“ wären die Kriegsgewinnler zu verstehen, die Millionengewinne einheimsen und ihr Geld in Gold und Brillanten, Silber und anlegen, oder die Landwirte, die die Notlage des Volkes bemerken, um unerschrocken Kapitalien aufzusuchen. Doch nichts davon. Die Arbeiter sind damit gemeint. Und als Beweis dienen: Zunahme des Theaterbesuches, erhöhter Verbrauch von taurem Schaumwein und Steigerung der Kennweizen. Aber das genügt nicht. In Nr. 228 heißt daselbst: „Wem die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte nie hoch genug sein können, noch etwas nach. Die Arbeiter“ seien in der Lage, sich „Gänse, Butter, Schinken zu Liebespreisen zu leisten, waren Kotzein zu kaufen, Angabe für 300 M. zu bestellen“ usw. In einer Berliner Munitionsfabrik wurden „gelegentlich feststehende mit Lang veranfaßt, zu denen die Arbeiter einen Geldzuschuß von 20 M. erhalten.“ Schlussatz: „Daraus erhellt ohne weiteres die soziale Lage in gewissen Arbeiterkreisen.“ Das Blatt nennt ferner Namen der Fabrik, weshalb wie die Behauptung nicht nachprüfbar können. Aber diese Verallgemeinerung spottet doch aller Beschreibung. Bezahlt etwa der Arbeiter Gänse, Schinken und Butter zu Liebespreisen, weil es ihm Freude macht? Er tut es lediglich, weil die festgesetzte Ration nicht bei der angelegten Tätigkeit zum Lebensunterhalt ausreicht, er bezahlt es doch, weil viele Landwirte die Produkte zu normalen Preisen nicht abliefern, sondern erst warten, bis ihnen Schleichhändler und Deute, die sich in Not befinden, Zuckerpreise bezahlen. Und wenn Angabe bis zu 300 M. gefaßt werden, so geschieht es deshalb, weil billiger keine mehr zu haben sind, und der Arbeiter an glühenden Feuern, im Bergwerk, in der Öl-, Gas- und Säuregeschmängerten Welt der Fabrik mehr Kleider gebraucht, als sich manche Kreise vorstellen, da noch keine Schokolade in den Händen haben. Wie man auf dem Lande lebt, ist bekannt. Wir haben, so schreibt der Kriegsausschuß für Konsuminteressen, genügend gehört aus Ostpreußen, Mecklenburg, Bayern, Pommern usw. Vieles ist bereits in der Redakteur der Deutschen Tageszeitung einmal ins Hotel Adlon, in den Kaiserhof oder auch in andere Berliner erstklassige Hotels, in denen keine Arbeiter verkehren, da kann er sehen, wie die Herren Großindustriellen und Großagrarier zum Frühstück Butter, Pfundbrot und Eier durkandeweise auspacken und ihre jeden Witz dabei über die verachtliche Dummheit machen. Uns sind schon genügend Protokolle darüber zugegangen. Man kann auch die Beobachtung in D-Jügen machen, in denen jetzt keine Arbeiter fahren. Die Zunahme des Selbstverbrauchs usw. hat also andere Ursachen. Uns scheint die Deutsche Tageszeitung weiblich zu sein, daß die oberen Zehntausend beim Sekktrieren, in Theatern usw. nicht mehr wie früher ganz unter sich sind, sondern sich jetzt auch einmal ein Arbeiter einfindet, der besser verdient, vielleicht keine Familie hat, der infolge des Rußens des Vereinslebens, der Tanzlustbarkeiten usw., angelockt durch das Beispiel der Kriegsgewinnler und Großagrarier, sich auch einmal „etwas leisten“ will. Vor Verallgemeinerungen sollte man sich aber hüten. Man müßte sonst noch deutlicher werden.

Gewerkschaftliches. Kupferföhrer. Der Vorstand des Verbandes der Kupferföhrer Deutschlands veröffentlicht in Nr. 14 des Verbandsblattes seinen Rechenschaftsbericht über das 32. Geschäftsjahr. Danach ist die Mitgliederzahl auf 3578 auf 3557 gestiegen. Eingetretene sind einschließlich 104 Lehrlingen 817 Mitglieder, Uebergetretene 2. Es traten aus 23, ausgeschieden wurden 469 und gestorben sind 42. Die Zahl der Filialen sank von 98 auf 95. Es fanden 66 Lohnbewegungen statt, an denen in 29 Orten mit 58 Betrieben 2417 Mitglieder beteiligt waren. Sie wurden durchweg ohne Arbeitseinstellung erledigt, zum Teil durch die Mitwirkung der durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Schlichtungsstellen. Erfolg hatten 2393 Kollegen in 53 Fällen; ein Fall mit 24 Beteiligten war am Jahreschlusse noch nicht erledigt. Es wurde für 2393 Kollegen eine wöchentliche Lohn-erhöhung von 35 517 M. erreicht. Da die mit der Lohnherabsetzung verbundene Erhöhung der Ueberzeitarbeit nicht ermittelt werden konnte, so ist bei der Mehrzahl der Beteiligten der wirkliche Mehrerdienst nicht festzustellen. Die Ausgaben des Verbandes für diese Bewegungen betragen 2370 M. Am Schlusse des Jahres befanden sich 48 Tarifverträge für 248 Betriebe mit 7100 Beschäftigten, von denen 740 Verbandsmitglieder waren. Das Vermögen des Verbandes stieg von 292 997 M. auf 385 083 M. Die Gesamteinnahme betrug 221 243,31 M. (1916: 198 392,99), die Ausgaben 91 925,06 (116 263,82).

Drohende Sonderbesteuerung der organisierten Verbraucher!

Zu § 6 der Vorlage betreffend Erhöhung der Umsatzsteuer haben die Abgeordneten Gothein und Genossen einen Antrag gestellt, wonach die Steuer für Umsätze im Kleinhandel gestaffelt werden soll, so daß sie von 100 000 M Umsatz an mehr als 1/2 v. H. betragen wird, steigend bis zu einem vollen Hundertsatz bei Umsätzen über 3 Millionen Mark.

Milliardenverlust aus der Zirkulantenbeschlagnahme.

Unter dieser Ueberschrift brachte der Vorwärts in seiner Nr. 128 vom 11. Mai folgendes: Im Reichstag gelangte heute die von uns schon behandelte Anfrage der Abgeordneten Reil und Meerfeld zur Verhandlung, wonach sich Privatunternehmer beim preussischen Kriegsministerium die Lieferung von Ersatzmaterialien beratungsgewohnt haben, daß ungerechtfertigte Gewinne von vielen Millionen Mark dabei erzielt werden.

Der Vertreter des Kriegsministeriums erwiderte darauf, das Kriegsministerium habe bis jetzt lediglich Probeaufträge auf Ersatzmaterialien erteilt, um Erfahrungen zu sammeln. Massenlieferungen seien noch nicht erfolgt, ebensowenig seien Privatunternehmer Zuschüsse gemacht.

Das Kriegsministerium scheint danach von gewissen Dingen, die im Gange sind, nicht unterrichtet zu sein. Wir wissen von Plänen, gegen welche der Milliardenverlust der v. Behr-Pinnatowischen Sachnäherei als Bagatelle erscheint. Wir wollen der Regierung verraten, daß es sich nicht nur, wie die Anfrage der Abgeordneten Reil und Meerfeld es andeutet, um viele Millionen, sondern um eine bis anderthalb Milliarden Mark handelt, die zwei hundert Unternehmen als Gewinn aus dem Geschäft herauskullert haben, wobei es sich übrigens nicht nur um Ersatz von Zirkulanten, sondern auch um die Herstellung von Ersatzmaterialien handelt.

Das deutsche Volk hat jedenfalls ein dringendes Interesse daran, zu erfahren, wie weit es seine Zirkulanten zum Nutzen des Vaterlandes und wie weit zum Nutzen der Herren Reil & Radmann abliefern.

Sie edles „Brüder“-part.

Der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung ist, wie hienlanglich bekannt, in ihrem Kampf gegen die Arbeiterbewegung kein Mittel zu kurz und zu schwach. Einem neuen Beweis liefert sie in ihrer Nr. 19 vom 12. Mai 1918. In einer Zuschrift der „Deutschen Vereinigung“ wird der Gesellschaft für soziale Reform vorgeworfen, sie wolle mit „zweiertei Maß“, weil sie auf ihrer Tagung in Berlin am 14. April eine Entschärfung angenommen, in der es heißt: „Die Heranziehung der Arbeiter zur Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben muß unter Berücksichtigung der betriebliehen Bedürfnisse erfolgen.“

Das Meiste mit „zweiertei Maß“ wird nun damit zu begründen versucht, daß auch bei der Erziehung und Förderung der ausländischen, deutsch-dänischen und sozialdemokratischen Kampfgewerkschaften Fabrikanten, Kapitalbesitzer, beteiligt gewesen seien. Als solche Förderer werden für unsere Gewerkschaften: F. v. Schweißer, Paul Singer und August Bebel genannt. Es braucht nur dieser drei Namen, um sofort zu erkennen, wieviel hundertfacher Unterschied zwischen den Zielen und Methoden der freien Gewerkschaften und der durch die Unternehmer ins Leben gerufenen und ausgeführten gelben Bewegungen sein muß. Und darauf kommt es an.

Auch das gelbe Effener Blatt „Der Arbeiter“ bringt in seiner Nummer 19 vom 11. Mai 1918 ebenfalls die Zuschrift der „Deutschen Vereinigung“. Er erweist sich dadurch als treuer „Arbeitskammer“ der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung. In der Zuschrift der „Deutschen Vereinigung“ ist auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband erwähnt. Ueber ihn heißt es: „Der Deutsche Metallarbeiter-Verband stiftete jetzt ein Unternehmerr, dessen Name nicht mitgeteilt wurde, 71 000 M.“ Dies ist eine Behauptung wider besseres Wissen. Die „Deutsche Vereinigung“ und die beiden Hälften, die die Behauptung verstreuen, wissen bestimmt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nach dem letzten Jahresbericht 71 000 M. erwirtschaftet hat. Der eine solche Behauptung aufstellt, hat sie auch zu beweisen, im andern Falle muß er es sich gefallen lassen, daß man ihn der Lüge beschuldigt.

Vom Ausland

Schweden.

Bewegungen im Jahre 1917. Der Verband des Schwedischen Metall- und Maschinenbau-Verbandes veröffentlicht in Nr. 18 der Schwedischen Metallarbeiter-Zeitung eine Uebersicht über die von dem Verbande im vorigen Jahre gestifteten Bewegungen. Es wurden 64 Bewegungen in 234 Betrieben erledigt. Die Zahl der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen betrug 115 622, wovon 73 312 dem Verbande angehörten. Die Summe der Lohnzuschüsse und Zuschüssen betrug insgesamt 45 765 Kr., was auf den einzelnen Betrieffen 3,60 Kr. ausmacht. In Schweden betrug

die Lohnmehrhöhung aber mehr. Diese beteiligten sich mehrmals an den Bewegungen. Neben den Lohnmehrhönungen, die durch die Bewegungen erledigt wurden, kommen noch die Lohnmehrhönungen in Betracht, die zahlreiche Verbandsmitglieder für sich allein erzielten. 11 524 Arbeiter und Arbeiterinnen erlangten eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 28 626 Stunden. 1917 wurde ferner eine Bewegung für allgemeine Arbeitszeitverkürzung eingeleitet, deren Ergebnis aber erst am 1. April 1918 in Kraft trat. In 62 Betrieben führten die Bewegungen zu St. effs mit 4552 Beteiligten. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug 53 375 mit einem Lohnausfall von 374 726 Kr., wofür aus den Verbandskassen 306 741 Kr. als Unterstützung ausbezahlt wurden. In 23 Betrieben wurden 76 Mitglieder gemahregelt, wodurch 1285 Arbeitstage verloren gingen und wofür 7241 Kr. Unterstützungen ausbezahlt wurden.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (W. a. G. Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat April 1918.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. Lists various locations and their respective financial contributions and expenses for April 1918.

Summary table for 'Einnahmen' and 'Ausgaben' for April 1918, showing total figures for both categories.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Beiträge sind Reis nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (W. a. G.), Hamburg 1, Befehlsüberhof 70, zu richten. Bei jeder Geldübergabe an die Kassastelle ist stets anzugeben, ob der Beitrag für die Krankenkasse oder für die Sterbekasse bestimmt ist, und wenn für beide Strichen, dann unbedingt für jede. Mit Gruß H. Webers, Kassastellvert.

Eingegangene Schriften

Bur Bestimmung der angezeigten oder besprochenen Werke wenn man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.) Drei Jahre Weltrevolution. Von Paul Lensch, Mitglied des Reichstags. 1917, S. Fischer, Verlag, Berlin. 221 Seiten. Preis gebunden 3,50 M., gebunden 5 M. — Dieses Buch erschien bereits im November vorigen Jahres. Man könnte meinen, daß unferer, während des Krieges besonders schnelllebigen Zeit die politische Inhalts noch schneller veraltet als früher. Dieses Buch ist jedoch noch immer zeitgemäß, obwohl sehr veraltet die politische Umwälzung in Rußland samt ihren Folgen naturgemäß nicht berücksichtigen konnte. Man mag sich zu Lensch's Ansicht stellen, wie man will, man wird aber auf jeden Fall die Freise in Klarheit seiner Darstellungsweise anerkennen müssen. Das Lensch sagt, bedarf selbstverständlich ebenso genauer Prüfung wie das, was jeder andere sagt, um so mehr, da Lensch verschiedenes auspricht, was den meisten deutschen Sozialisten noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Danach erscheint uns so klar, daß es selbst dann wenn es sich nach gründlicher Untersuchung als stichhaltig erweisen sollte, noch einiger Zeit bedürfen wird, bis wir uns daran gewöhnen werden. Lensch geht von der Ansicht aus, daß die Handelspolitik des Deutschen Reiches revolutionierend gewirkt habe, indem sie die industriellen Aufschwung Deutschlands ermöglichte. Die (schlechte) Rückständigkeit Englands sei das Ergebnis seiner anfänglichen Ueberlegenheit gewesen, wie die (schlechte) Ueberlegenheit Deutschlands ihre Ursache in seiner ursprünglichen Rückständigkeit gehabt habe. Frankreich's Niedergang sei unaufhaltsam; auch der „schöne“ Weltkrieg „Krieg der Völker“ könne das „unerbittliche Faum“ von Frankreich nicht abwenden, daß es aufgehört habe, zu den großen Schicksalsvölkern der Geschichte zu gehören. Ein geschwächtes Frankreich habe aufgehört, der Anziehungspunkt für die umliegenden kleinen Staaten zu sein, besonders für Belgien. Dadurch trete an der Westgrenze vor selber eine wesentliche politische Entlastung ein, die wir nicht durch irgendwelche Annexionen wieder zu gefährden hätten. Auch mit Rußland sei eine Verständigung anzustreben. Nachdem der Osten aufgehört werde, der Sitz der Barbarei zu sein, sei ihm der volle Anschluß an die westliche Kultur zu sichern. Die künftige Wirtschaftspolitik behandle Lensch, als Nichtfachmann auf diesem Gebiet, kürzer. Er ist natürlich ebenfalls der Meinung, daß man vorerst nicht so werde aus dem Willen wirtschaften können wie vor dem Kriege. Die Organisation der Volkswirtschaft sei unvermeidbar, ob sie mehr den Vielen oder den Wenigen zufließen könnten werde, hänge in erster Linie von der politischen Machtstellung der sozialen Klassen ab. Der Schlüsselpunkt von Lensch's Buch ist im meisten geeigneten, Widerspruch hervorzurufen. Lensch stellt der „individualistischen“ Demokratie Englands die „organische“ Demokratie Deutschlands gegenüber, natürlich zum Vorteil der letztgenannten und meint, die rückständige individualistische Staatsverfassung der demokratischen „Weltmächte“ könne unmöglich das Ideal sein, dem Deutschland nachzujagen habe. Nun ist ja nicht zu bestreiten, daß die (schönen) Bilder von den freizeithlichen Zuständen in Frankreich und England, die uns von angeblichen Kennern dieser Länder ausgemalt werden, doch wohl nicht ganz der Wahrheit entsprechen. Immerhin scheint es uns nicht gerechtfertigt zu sein, der inneren Entwicklung Deutschlands in so verhältnismäßig zögeriger Stimmung entgegenzusehen, wie Lensch es tut. Als er dieses Buch schrieb, hielt er unter anderem auch das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Preußen für gesichert. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge stimmt dies jedoch keineswegs und wir wissen noch nicht, welche Kämpfe es kosten wird, bis die Wahlrechtsverbesserung durchgeführt ist. Und das ist immer noch erst ein Teil der inneren Neuordnung Deutschlands. Was in allem kann man jedoch sagen, daß das Buch zeigt, wie viel verschiedenes man in Betracht ziehen muß, wenn man die durch den Krieg geschaffenen Weltlage beurteilen will. An der Auffmachung des Buches vermischen wir ein Schlagwortverzeichnis oder wenigstens doch eine genaue Inhaltsangabe bei jedem Abschnitt, wie dies bei Büchern solcher Art üblich ist. Dadurch würde es viel übersichtlicher werden.

Leitfaden für Metalleinschweißer. Von Theo. Kautny, Ingenieur. Düsseldorf-Gravenberg. Mit 155 Abbildungen. Dritte, verbesserte Auflage (15. bis 18. Tausend). Halle a. S. 1918, Carl Marhold, Verlagsbuchhandlung. 188 Seiten. Preis 3 M. — Die autogene Metallbearbeitung ist während der Kriegszeit in Deutschland wesentlich verbessert worden. Diese Verbesserungen durch Veröffentlichung zum technischen Allgemeinut zu machen, ist aus nahe liegendem Grunde nicht möglich. Deswegen kann auch das in Vorbereitung befindliche Handbuch von Kautny vorläufig noch nicht erscheinen. Um nun dem gegenwärtigen Zustande soweit wie möglich Rechnung zu tragen, hat der Verfasser zunächst den vorliegenden, verbesserten und im technischen Teil erweiterten Leitfaden herausgegeben.

Verbands-Anzeigen

Witgliederveranstaltungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.) Freitag, 24. Mai: Stuttgart u. Umgeb. Bezirksversammlungen gleich nach 6 Uhr. Jannere Stadt: Generalkassenhäus. Festtag: Reichert, Böblingergstr. 38. Besten: Sonnenhof. Tübingen: Volksgarten. Gammstadt: Schwabenbräu u. Lamm. Feuerbach: Stuttgarter Hof, Schwabenbräu und Krähnen. Juffenhäuser: Döhlen. Kornweilheim: Post. Untermühlberg: Ocker's Garten. Münstler a. N.: Lamm. Weilsbach: Reibstoc. Untermühlheim: Urban u. Automobil. Böblingen: Gunter am Markt. Eindelöfingen: Goldener Stern. Waiblingen a. N.: Fiedlerhof. Tagesordnung: Bericht über die Generalversammlung, die Umfirmung über die Beitragsverhöhung. Sonntag, 2. Juni: Offen (Getragungsmonate u. Helfen). Eppingen, Kasianallee, 11 Uhr. Sonntag, 3. Juni: Weilsbach (Getragungsmonat u. Helfen). Gewerkschaftshaus, halb 11 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverbände u. dergl. Stuttgart und Umgebung. Ueber die von der Generalversammlung am 4. Mai beschlossene Erhöhung des Lokalbeitrags um 10 Pf. in der ersten Beitragsklasse findet in der Zeit von 30. Mai bis 3. Juni in der U r a b s t i m m u n g für sämtliche Mitglieder der Verwaltungsstelle statt. Eine schriftliche Begründung der Beitragsverhöhung wird den Mitgliedern mit einem Stimmzettel

zu Beginn der Abstimmung durch die mit dem Einzug der Beiträge betrauten Vertrauensleute, Unter- und Hauskassierer zugeht. Der Stimmzettel ist während der festgesetzten Zeit an den Beitragskassierer abzugeben. Dem mit der Abgabe und dem Einzug der Stimmzettel betrauten Beitragskassierer ist jeweils ein weiteres Mitglied zur Kontrolle beizugeben. Ueber das Ergebnis der Abstimmung ist ein Protokoll auszufüllen, das längstens bis 4. Juni mit den Stimmzetteln an das Verbandsbureau einzusenden ist. Gestorben. Seipitz. Elsa Vogel, 20 Jahre, Lungenleiden. — Friedrich Hoffmann, Metallschleifer, 39 Jahre, Lu. Leiden. — Louis Kunze, Schlosser, 63 Jahre, Gehirnschlag. — William Ebert, Schlosser, 31 Jahre, Lungenleiden. — Carl Geisler, Schlosser, 30 Jahre, Lungenleiden. — Wilhelm Schmidt, Former, 58 J., Lungenleiden. — Wilhelm Naumann, Schmied, 68 Jahre, Blasenleiden. — Magdeburg. August Weisner, Arbeiter, 60 Jahre, Lungenentzündung. — Otto Richter, Stößer, 30 Jahre, Lungenentzündung. — Fritz Fleß, Schlosser, 23 Jahre, Herzleiden. — Friedrich Kempf, Schmied, 31 J., Lungenentzündung. — Erwin Müller, Arbeiter, 36 Jahre, Lungenentzündung. — Julius Wehrh, Former, 50 Jahre, Magenentzündung. — Albert Steddele, Klempner, 34 J., Krebsleiden. — Arthur Zimmermann, Stäger, 30 Jahre, Lungentuberkulose (1220).